

SCHLUSS MIT STRABS! AG der Bürgerinitiativen gegen Straßenausbaubeiträge in NRW

Lydia Schumacher
Sprecherin der AG
Maisbergstraße 18
D-53937 Schleiden
0170-5594231

Frau Ina Scharrenbach

Ministerin für Heimat,
Kommunales, Bau und
Gleichstellung NRW

Jürgensplatz 1
D-40219 Düsseldorf

Offener Brief

Thema: „Reinertrag von Straßenausbaubeiträgen“

Bezug: Ihre Vorlage 17/2269

15. Juli 2019

Sehr geehrte Frau Ministerin Scharrenbach,

auf die Anfrage der Fraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN haben Sie in der genannten Vorlage Stellung genommen. Darin werden zwei Dinge deutlich:

- Die Höhe der tatsächlichen Straßenausbaubeiträge kann offenbar gar nicht eruiert werden.
- Die bislang kommunizierte Zahl von höchstens 127 Millionen Euro pro Jahr an Anliegerbeiträgen in NRW binnen der zuletzt abgerechneten Jahre 2009 bis 2016 war deutlich zu hoch gegriffen. Denn bereits im ersten Absatz

Ihrer Antwort ist zu lesen, dass diese Summen auch andere Beiträge, wie „insbesondere“ Erschließungsbeiträge (nach Baugesetzbuch), enthalten „können“.

Zur Sachverständigen-Anhörung am 7.6. hatten die Regierungsparteien Herrn Dr. Thielmann vom Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz eingeladen. Er sprach von einer Summe von mehr als einer Milliarde Euro pro Jahr, die es das Land NRW jährlich kosten würde, wenn es die durch Abschaffung der leidigen Beiträge entstehenden Lücken schließen müsste. Jetzt müssen wir Ihrer Vorlage entnehmen, dass selbst die von Ihnen bereits im Herbst 2018 kommunizierten Zahlen deutlich zu hoch ausgefallen waren.

Eine weitere Unsicherheit gibt es wohl bei der Annahme der tatsächlichen Kilometerzahl an kommunalen Straßen in NRW. Herr Dr. Thielmann hatte in der Anhörung am 7.6. von rund 60.000 Kilometern gesprochen. Jüngst hat ein Mitglied der CDU-Fraktion in einem Gespräch uns gegenüber sogar behauptet, es seien mehr als 100.000 Kilometer.

Bei unseren Mitgliedern, den Bürgerinitiativen, die sich für die Abschaffung der Anliegerbeiträge im Land NRW einsetzen, ist deshalb der Eindruck entstanden, dass zu hohe Zahlen gestreut werden, wodurch eine Abschaffung der ungerechten und ungerechtfertigten Zwangsabgabe als viel zu teuer und deshalb nicht machbar erscheinen könnte.

Deshalb möchten wir Ihnen heute Gelegenheit geben, uns verlässliche Zahlen zu nennen und haben folgende konkreten Fragen an Sie:

Frage 1:

Wie hoch sind die in den Summen der Jahre 2009 bis 2016 enthaltenen Beiträge für Erschließungen nach Baugesetzbuch jeweils?

Frage 2:

Welche anderen Beiträge in jeweils welcher Höhe verstecken sich außerdem in diesen Summen?

Frage 3:

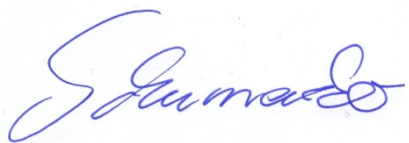
Für wie realistisch halten Sie die von Dr. Thielmann während der Anhörung genannte Zahl von mehr als einer Milliarde Euro pro Jahr?

Frage 4:

Wie viele Kilometer umfasst das Netz der kommunalen Straßen in NRW tatsächlich insgesamt?

Wir freuen uns auf Ihre Antworten auf die vorgenannten Fragen, die wir gerne bis Monatsende erwarten. Vielen Dank dafür im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen,



(im Auftrag der Mitglieder der AG)